

# Neuener Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Saurische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Telegraphenamt: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 0 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Retikell 20 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aachen.

Nr 56

Sonnabend, den 10. Mai 1930

43. Jahrgang

## Fünfjahresplan für die Osthilfe. Einigung im Reichskabinett erfolgt.

Unter dem Vorsitz des Reichstanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichstanzlers Dr. Lüthke legte das Reichskabinett die Erörterung über das Osthilfegesetz fort. Die Beratungen führten zu einer grundsätzlichen Einigung, auf Grund deren die endgültigen Gesetzentwürfe von den Referats unter Führung des Reichsfinanzministers des Innern in den nächsten Tagen vorgelegt werden sollen. Das Kabinett wird alsdann am nächsten Mittwoch über die endgültige Gestaltung des Gesamtprogramms Bescheid fassen. Grundsätzliche Einigung besteht ungefähr in folgendem: Dem Reichstag wird lo bald wie möglich ein Rahmengesetz zugeworfen werden, in dem sechs Gesetze enthalten sind, die die einzelnen Fragen der Osthilfe besonders regeln.

Das Gesamtprogramm der Osthilfe erstreckt sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Ausführung richtet sich nach den jeweiligen Etatsverhältnissen. Es ist deshalb nötig, daß in jedem Jahr ein besonderer Voranschlag gemacht wird und jährlich wie beim Bau eines Panzerkreuzers immer eine Rate in den Etat eingestellt wird. Das erste Stadium der Durchführung bildet das Sofortprogramm.

über das dem Reichstag gleichzeitig mit dem Rahmengesetz ein Entwurf zugehen wird. Damit bleibt es also bei dem bereits angelaufenen Zustand zwischen Osthilfe und parlamentarischer Beschäftigung des Etats.

Dazu schweben noch Erörterungen in der Richtung, die Erzielung dieser Dinge auch mit der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung zu verbinden. Daraus ergibt sich, daß in Regierungskreisen offenbar die Ansicht besteht, auch die Arbeitslosenversicherung als Teil des Rahmengesetzes lo bald wie möglich in Angriff zu nehmen. Diese Verkopplung würde also bedeuten, daß das Kabinett sich für beide Probleme eine Mehrheit sichert. Dazu kommt, daß die Frage der finanziellen Mittel für die Osthilfe natürlich stark davon beeinflusst wird, wie weit sich Einparungen auf anderen Gebieten, also auch durch die wiederholte Arbeitslosenreform, durchführen lassen.

Schließlich ist noch bemerkenswert, daß das Reichsministerium des Innern nunmehr ebenfalls als federführend für die Osthilfe bestimmt worden ist.

### Preußens wichtiger Anteil.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die Osthilfe haben infolgedessen einen gewissen Abschluß erreicht, als man sich darüber geeinigt hat, ein Fünfjahresprogramm zur Durchführung zu bringen, das einschließlich der vom Reich zu übernehmenden Bürgschaften für die Umsiedlung einen Aufwand von 600 bis 700 Millionen Mark erfordern wird. Demnach bleiben für die Weiterberatung, die wiederum im Gegenstand des Reichsantragspräsidenten Dr. Sauer stattfinden soll, genügend Einheiten, die der Klärung bedürfen.

Schon jetzt wird man mit der Schaffung eines Reichskommissars rechnen müssen, das die Umsiedlung zu organisieren hat, und man kann darauf gespannt sein, wo man dieses Reichskommissariat rechtserfahrener will, da doch bereits ein preussisches Kommissariat für Ostpreußen besteht. Reichlich müßig erhebt der Streit darüber, welches Ministerium in der Sache der Ostpreußenhilfe federführend sein soll. Es entspricht durchaus einem Gewohnheitsrecht, das sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat, wenn die Federführung in diesem Falle von dem Reichsfinanzminister auf das Reichsinnenministerium übergeht.

Das Reichsinnenministerium ist das geeignete Referat für innerwirtschaftliche Maßnahmen, und es ändert sich dadurch nichts an der Tatsache, daß die Regelung der Einzelheiten und die praktische Durchführung bei den Ministerien verbleibt, die dafür zuständig sind.

Das Reichssozialministerium wird, sowie das Reichsfinanzministerium angenommen ist, über die verkehrswirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen im Rahmen der bewilligten Mittel entscheiden das Reichsfinanzministerium über Vorkaufentzug und sonstige Steuermaßnahmen und das Reichssozialministerium — dies ist das Wichtigste — wird in der Frage der Umsiedlung und der Erteilung der endgültigen Beschlüsse, gleichgültig, welches Ministerium federführend ist.

Das Reichssozialministerium wird in der Durchführung seiner Direktiven stark auf die preussische Mitarbeit angewiesen sein, und es haben in diesem Sinne auch bereits Besprechungen stattgefunden. Das Reich verüßt nicht über die unteren Organe in den Provinzen, denen lo wichtige und umfangreiche Arbeiten übertragen werden könnten, lo daß die preussischen Regierungspresidenten und Comdrats notwendig herangezogen werden müssen.

## Um Das Geißerschiß.

Eine Erklärung des Wehrministers.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Beratung des Marinehaushalts. Nach den Ausführungen des Berichterstatters gab Reichswehrminister Groener auf

Frage des Panzerkreuzers B im Einvernehmen mit dem Reichstanzler folgende Erklärung ab:

Die Mitglieder des Reichstages wissen, daß ich kein kritischer Flottenwachmann bin. Sie wissen aber auch, daß ich den Erfolg unseres gänzlich veralteten Schiffsmaerials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich auch bei der Beratung meines Haushalts im vorigen Reichskabinett vertreten und auf Einlegung einer ersten Rate für das Panzerkreuzer B in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage, also nur aus finanziellen Gründen, erst verzichtet, nachdem von Reichskabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der Sozialdemokratischen Mitglieder, in einer besonderen Entschließung festgestellt wurde, daß mit dem Haushalt 1931 ein Schiffsbauprogramm, der auch den Erfolg der Einleisung enthält, vorgelegt würde.

Bei dieser Einstellung war es eigentlich selbstverständlich, daß ich dem Antrag Ostpreußens im Reichstag, der eine kleine erste Rate für das Panzerkreuzer B vorsieht, ohne dabei die Summe des Marinehaushalts zu erhöhen, sympathisch gegenüberstand.

Nur um den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich also, und die Entscheidung hierüber trifft die Reichsregierung den Reichstag selbst zu treffen. Ich nehme an, daß der Reichstag einer lo zusammenfassenden Entschließung auf Vorlegung eines langfristigen Planes für Ersatzbauten zustimmt. Die Reichsregierung wird ihrerseits den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrecht erhalten.

### Panzerkreuzer B abgelehnt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die erste Rate für das Panzerkreuzer B mit 19 gegen 13 Stimmen bei drei Stimmentzückungen abgelehnt. Gegen die Banerle stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und zwei Zentrumsgesandte. Der Stimme enthielten sich die Deutsche Volkspartei und ein Zentrumsgesandter. Für Rate stimmten die übrigen Fraktionen und ein Zentrumsgesandter.

## Die Kassenlage.

Reichs-Einnahmen und -Ausgaben im März.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Monatsausweis über die Reichs-Einnahmen und -Ausgaben im Monat März 1930. (Rechnungsjahr 1929, die Beträge verlesen sich in Millionen Mark.) Danach sind im Oberkassenhaushalt seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich Februar 1930

an Einnahmen

zu verzeichnen 8983,4, im März 356,5. Davon entfallen auf Steuern, Zölle und Abgaben seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 6327,1 im März 499,2.

Die Ausgaben

betragen seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 8311,6, im März 883,4.

Im außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 354,0, im März 94,3; die Ausgaben seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 367,9, im März 65,9. So nach ergibt sich im März eine Mehreinnahme von 160,2 und seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar eine Mehrausgabe von 13,3, zusammen also eine Mehrausgabe von 146,3. Da die Mehrausgabe im Oberkassenhaushalt seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 295,3 und im März 446,4, zusammen also 741,7 beträgt und die Fehlbeiträge in die Haushalten aus dem Vorjahr 1058,9 ergeben, beläuft sich der gesamte Fehlbetrag auf 1654,3.

Der Kassenbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen betrug am 31. März 34 Millionen Mark, der Stand der schwebenden Schuld 1938,4.

Aus dem vorliegenden Monatsausweis können für das Wirtschaftsergebnis des Rechnungsjahres 1929 noch keine Schlüsse gezogen werden, weil in den Monaten April und Mai 1930 noch Einnahmen und Ausgaben für 1929 zu verbuchen sind und noch nicht zu übersehen ist, in welcher Höhe Einnahmen und Refrausgaben auf das Rechnungsjahr 1930 zu übertragen sind.

## Regierungspolitik in Preußen.

Braun vor dem Landtag.

Ministerpräsident Dr. Braun leitete die zweite Beratung seines Haushalts im Preussischen Landtag mit längeren politischen Ausführungen ein. Er äußerte sich zunächst zu den Angriffen wegen seiner Rede auf einer Kundgebung zur Erinnerung an die Niederschlagung des Kapp-Zuilsches am Volkstrauertag. Bei diesem Vortrag handelte es sich mehr um eine Veranlassung als um eine allgemeine Volksrede. Der Ministerpräsident erklärte noch, daß der Mißbrauch evangelischer Kirchen

zu Veranstaltungen im Sinne des Reichsgeheimdienstes und gegen die heutige Regierung nicht gerade dazu beitragen könne, die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche zu fördern. (Aha! und

Hört! Hört! recht). Der Ministerpräsident rechtserfahrene dann die Haltung der Staatsregierung im Falle der drei disziplinieren hamoverischen Comdrats, die angeklagt ihres offenen Affronts gegen die Regierung nicht länger in ihrem Amt hätten belassen werden können.

Zur Frage der Reichsreform

erklärte der Ministerpräsident entgegen den im Zusammenhang mit dem preussischen Antrag auf Beilegung des Paragrafen 35 des Finanzvertrages gegen Preußen erhobenen Vorwürfen, daß der Staatsregierung nichts fern liege, als einen irgendeine geordneten Antrag auf die kleinen Länder auszugeben. Der Ministerpräsident wies dann die in außerpreussischen Ländern herangezogene Ansicht zurück, als ob durch die Aufhebungen für die Osthilfe dem Staate Preußen ein besonderer Dienst erwiesen werde. (Wiederum protest muß es an, wenn jetzt auch Bayern an der Osthilfe beteiligt sein sollte. Demgegenüber müßte man die Frage aufwerfen:

Wo sind in Bayern die neuen Grenzbeziehungen? Wo ist dort die gewalttätige Zerteilung des Staatsgebietes durch einen außerstaatlichen Korridor?)

Über der notwendigen Osthilfe dürfe die Unterfertigung des Rheinlandes, das ausdrücklich unter der Befehlsgewalt stehen habe und noch heute nicht hergestellt werden.

Eine offene Wunde bleibe nach dem Abzug der Befehlsgewalt aus dem Rheinland noch die Saarfrage. Die Übernahme neuer Opfer für eine frühere Räumung der Saar könne man aber nicht verantworten. In solchen Fällen wäre es auch im Interesse der Saarbevölkerung besser, die im Vertrag des Reichs festgesetzte Frist für eine bedingungslose Rückgabe abzuwarten.

Der Ministerpräsident nahm dann über gegen die Behauptung rechtsgerichteter Kreise Stellung, daß sich die Staatsregierung vornehmlich um parteipolitische und nicht von staatspolitischen Erwägungen leiten lasse.

### Zentrumsvorstoß gegen die Sozialdemokraten.

Bei der sich an die Rede des Ministerpräsidenten im Landtag anschließenden politischen Aussprache unterwarf der Abgeordnete Grebe (Ztr.) einen bemerkenswerten Vorstoß gegen die Politik der Sozialdemokraten im Reichstag. Er betonte, daß, wenn die Sozialdemokratie, nachdem sie den Döngelplan angenommen habe, sich den innerpolitischen Konsequenzen entziehen wolle, er dem staatspolitischen Standpunkt aus kein Verständnis dafür aufbringen könne. Der Kampf der sozialdemokratischen Presse gegen die Regierung drängte keine Formen angenommen, die dem Zusammenarbeiten der Sozialisten mit den Preussischen nicht förderlich sein könne. Es sei nicht möglich, daß die Sozialdemokratie eine Politik mache ohne jedwede Rücksichtnahme auf die Regierungsvorhältnisse in Preußen.

Ministerpräsident Braun erklärte, zu der Vermutung, daß die sozialdemokratische Partei sich den innerpolitischen Konsequenzen der Annahme des Döngelplans entziehen wolle, sich kein begründeter Anlaß vor. Die preussische Koalition sei schon Jahre hindurch bei mehrfach wechselnden Koalitionen in verbindlicher, fruchtbarer Zusammenarbeit von Bestand gewesen, lo daß sie auch durch die derzeitige Lage im Reichstag keines Erachtens nicht gefährdet zu werden brauche.

## Wehen Soldatenmißhandlungen.

Immer noch Wehrerat im Haushaltsausschuß.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Einzelberatung des Heereshaushalts. Ein demokratischer Antrag, die Preise durch einen Interzessionsauschuß nachprüfen zu lassen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der sozialdemokratische Antrag, monats den Bericht des Reichsparlamentarischen Ausschusses über die Durchführung des Heeres- und Marinehaushalts dem Reichstag vorzulegen ist.

Der Fonds von einer Million zur Verfügung des Reichswehrministers für besondere Zwecke wurde nach kurzer Aussprache in der vorgelegten Höhe bewilligt. Ferner führten die Sozialdemokraten Beschwerde über die Behandlung der Mannschaften, die oft schlimmer gefoltert werden als im alten Heere.

Reichswehrminister Groener erwiderte, daß er jede schimpfliche Behandlung von Soldaten und ihre Duldung auf das allerhöchste verurteile und in jedem Einzelfall in der rückwärtslosten Weise vorgehe.

Abgesehen von Einzelfällen hätten sich die Verhältnisse durchaus günstig entwickelt. Bei dem Einsatz der „Verpflichtungen“ wurde von den Sozialdemokraten erklärt, der militärische Wert der letzten löstlichen Mannschaften sei durch bedauerlich beeinträchtigt worden, daß man weniger Wert auf Kriegsmacht legte als darauf, den vielen Zuhauern etwas zu bieten, was den militärischen Geist der Bevölkerung belebt. Ein Regierungsvorsteher gab zu, daß die Unwesenheit dieser Zuhauer die Kriegsmachtigkeit dieser Verpflichtungen nicht erhöhe. Das werde sich aber nicht vermeiden lassen. Auf die Parade als höchstes der Mannschaften wurde auch in dem Volksherr der alten schweizerischen Republik nicht verzichtet.

Der Heereshaushalt wurde im wesentlichen in der Fassung der Vorlage angenommen. Die Streichungsanträge der Sozialdemokraten fanden keine Zustimmung.

Von den Vertretern der demokratischen Partei und der Preussischen Volkspartei wurden allerdings für die zweite



Bestimmung Streitungsanträge angehängt. Von den Regierungspartien wurde bis zum nächsten Sonntag die Vorlegung einer Zusammenfassung über die finanziellen Gesamtverpflichtungen verlangt, die sich aus den angeforderten ersten Daten für Neubauten ergeben. Zukünftig sollen diese Ausgaben aus der Berechnung außerordentlichen militärischen Eigentums getrennt werden. Am Donnerstag wird der Marinehaushalt beraten.

## Briand'schen Skizzen.

Um den paneuropäischen Staatenbund.

Paris, 8. Mai.  
Der britische Außenminister Henderson wird auf der Durchreise nach Genf zwei Tage in Paris bleiben und mehrere Unterredungen mit Briand haben.

Der französische Außenminister wird dabei den Entwurf seiner Denkschrift über den paneuropäischen Staatenbund oder der endgültigen Festlegung dem britischen Außenminister zur Kenntnis bringen. Erst wenn die britische Regierung ihre Einverständnis erklärt, soll die Denkschrift den übrigen europäischen Staaten übergeben werden.

Als zweiter Punkt der Besprechung wird das italienische Flottenbauprogramm genannt, das bekanntlich für 43 000 Tonne Neubauten vorzählt. Man macht hier darauf aufmerksam, daß die italienischen Flottenbauten möglicherweise die Verstärkung des Londoner Abkommens in Frage stellen könnten.

## Mißglückte Staatsstreikpläne.

Madrid, 9. Mai.

In den frühen Morgenstunden wird bekannt, daß die Generäle Martinez Anido in Madrid und Barrera in Barcelona für die Nacht zum Donnerstag den Sturz der Regierung Deroguer mit Hilfe eines Teils des Militärs in beiden Städten, vor allem der Huacareinigen, geplant hatten. Die Unternehmung kam nicht zur Ausführung, da der größere Teil der Garnison sich weigerte, mitzumachen. Als die Regierung über die Gefahr, in der sie sich befand, unterrichtet wurde, ließ sie sofort die beiden Generäle in ihren Wohnungen verhaften, wo sie zunächst unter Bewachung verblieben. Einzelheiten über die Vorbereitungen zu diesem neuen Staatsstreich sind noch nicht bekannt, jedoch steht fest, daß die Studentenverbände der letzten Tage, bei denen auch ein Huacareinigen lebensechtlich verhaftet wurde, den unmittelbaren Anstoß gegeben haben.

Sobald die Republikaner von der Sache erfuhr, kamen in der Wohnung des ehemaligen Ministers Villanova die Universitätsprofessoren Maranon und Sanchez Roman, die ehemaligen Minister Sanchez Guerra und Melquiades Alvarez, die Generäle Riquelme und Aguilera sowie die Republikanischen Führer Serrano und Domingo zu einer Besprechung der Lage zusammen.

Sie beschloßen, im Falle der Verwirklichung des Staatsstreichs Widerstand bis aufs äußerste zu leisten, was also einen sicheren Straßenkampf bedeutet hätte. Der König soll beauftragt, baldigst eine liberale Regierung unter dem Vorherrsche des ehemaligen Ministers Santiago Alva zu bilden, der während der Diktatur in Paris verbannt war, und mit dem Grafen Romanones als Landtagspräsidenten.

In Madrid herrscht völlige Ruhe.

Die aber auch nur trügerischer Art sein kann, da jeden Augenblick die Möglichkeit besteht, daß die Errungenschaft in einer Weise auf sich, die die Verhältnisse von Grund auf ändert. Aus Salamanca wird berichtet, daß die dortige Studentenhitze dem aus Madrid zurückgekehrten Unanimo einen begeisterten Empfang bereite, wobei Odenatalfen für Bruno de Rivera und den früheren Unterrichtsminister vernichtet wurde.

## Alle Jahre wieder...

Wird Dewey nach Washington verfahren?

Washington, 9. Mai.

Jedes Jahr im Frühjahr, wenn die amerikanische Finanzberater bei der polnischen Regierung, Dewey, von seiner Reise nach Paris und Moskau wieder nach Washington zurückkehrt, tauchen in der polnischen Presse Gerüchte von seiner Abberufung auf. Es heißt dann gewöhnlich, Dewey werde nunmehr seinen neuen Beauftragungsstellen in Moskau begeben.

Wahrscheinliche Gerüchte lauften auch in den letzten Tagen auf und werden fortwährend wiederholt. Allerdings kommt diesmal noch die nicht unwichtige Umkehr hinzu, daß der dreijährige Vertrag zwischen Dewey und der polnischen Regierung in diesem Jahr abläuft.

Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß die polnische Regierung sich mit der Verlängerung des Vertrages nicht allzu sehr beilen wird, was mit Rücksicht auf das ungeheure Gehalt, das der amerikanische Finanzberater von der polnischen Regierung bezieht, und auf das Ausbleiben einer viel erträglicheren Anleihe, die Dewey mitbringen wollte, auch nicht wundernehmen könnte. Eine Verlängerung dieses Vertrags von dem angeblichen Weggang Deweys aus Washington ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

## Konfessionsrechte in der Sowjetunion.

Der englisch-russische Lena-Goldfeld-Konflikt.

Moskau, 8. Mai.

Ein neuer Fall zeigt, in welcher rigorosen Form das Hauptkonfessionskomitee der Sowjetunion gegen konfessionsgebundene vorgeliegt, wenn es glaubt, dadurch den eigenen Interessen nutzen zu können. Dagegenblich steht die englische Lena-Goldfeld, das die Konfession veranlaßt, wegen eines großen Vorleses der Sowjetunion ihre Betriebe zu schließen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Sowjetregierung durch ihre gegen die Konfession gerichtete Politik betrübt sei, die Konfession zu vernichten und in Staatsbesitz zu nehmen. Man rechnet damit, daß dieser Zwischenfall noch ein diplomatisches Hindernis darstellen werden wird.

Auf diese Vorgänge hin haben die Russen in ihrer Antwort unterrichtet, daß die Direktion der englischen Gesellschaft damit die Durchführung der auf Grund des Konfessionsvertrages übernommenen Verpflichtungen eingestellt habe.

Die Verantwortung für diesen einseitigen vertragswichtigen Beschluß solle auf die Direktion der englischen Gesellschaft. Denn die Betriebe würden dadurch in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht.

Die Schließung der Betriebe der Lena-Goldfeld-Gesellschaft, die zu den ältesten ausländischen Konfessionsfirmen in der Sowjetunion gehört und die Goldfelder an dem Bergbau in Sibirien ausbeutet, darüber hinaus in de

legen Zeit aber auch u. a. Kupperbelegerte im Uralt erworben hat, ist der letzte Akt in einem Kapitel russischer Außenhandelspolitik, dessen Ende schon Nowikow im vergangenen Jahr angekündigt hat. Das Schicksal der englischen Konfession ist auch für Deutschland von größtem Interesse, da auch deutsches Kapital in geringem Umfang daran beteiligt war. Darüber hinaus sind aber auch die deutschen Konfessionen in der Sowjetunion (es sei an die Drusag erinnert) von dem gleichen Schicksal bedroht.

## Amerikanische Zollmethoden.

Außenerebene Entschüffungen.

Paris, 8. Mai.

Vor kurzem ist die Delegation eines amerikanischen Notebenaars, Dodge, nach ihrer Ankunft in Neuport von der amerikanischen Zollbehörde zu den ungeheuren Zollkosten von 215 288 Dollar verurteilt worden.

Ein Vertreter des bekannten französischen Modehauses Poiret, der die die mit der Zollstrafe belegten Modewaren geliefert hatte, teilte dem Blatt mit, daß er den Besuch eines der amerikanischen Zollbeamten in Paris beiderdeutigen amerikanischen Finanzbeamten erhalten habe, der sich sehr für die Anschuldigungen der Frau Dodge interessiert und um Vorentwurf der Rechnung gebeten habe. Als ihm dies von der Firma verweigert worden sei, habe er mit amerikanischen Vorgehensmaßnahmen bedroht. Den Vogel abgeschossen habe die amerikanische Zollbehörde aber damit, daß sie in der Lage war, dem Frau Dodge bei ihrer Rückkehr nach Amerika eine Photographie ihres Bürgerausweises aus den tauschmännlichen Büchern der Firma Poiret seit dem Jahre 1925 vorzulegen.

## Aus dem In- und Auslande.

Kein neuer Schritt der deutschen Regierung.

Berlin, 9. Mai. In der Meinung, nach der sich die Reichsregierung nicht mit der Erklärung des polnischen Außenministers in der Frage des deutschen Profiteers wegen der Verfestigung der ostpreussischen Grenze zufrieden geben und in Warschau einen neuen Schritt über die Art der Unterirdung und die Bekämpfung der Schuldigen unternehmen werde, wird von zuständiger Stelle auf die gegenwärtige Erklärung über die Antwort des polnischen Außenministers verzichtet, nach der er die Vorkommnisse lebhaft bedauert und gesagt habe, es sei eine sofortige Unterredung einzuhalten. Von der Unterredung wurde nicht beabsichtigt, einen neuen Schritt in Warschau zu unternehmen, sondern das Ergebnis der Unterredung sollte abgewartet werden.

## Das neue tschechische Kabinett.

Dresden, 9. Mai. Das neue tschechische Kabinett hat sich wie folgt gebildet: Schick, Ministerpräsident und Volksbildungsminister; Růžička, Minister des Innern und Arbeits- und Wohlfahrtsminister; Dr. Mannfeld, Justizminister; Dr. Hedrich, Finanz- und Wirtschaftsinstitut. Sonach tritt außer dem Ministerpräsidenten Schick lediglich der bisherige Ministerialdirektor der ersten Abteilung des Finanzministeriums, Dr. Hedrich, neu in das Kabinett ein.

## Obersteinstadt als Anlaufstation.

Dresden, 9. Mai. An der Ostbahnstation der Obersteinstadt verläuft ein Handelsverkehr, welcher erneut mit allem Nachdruck auf die schwere Notlage der Provinz Obersteinstadt hingewiesen, die durch den weiteren Konjunkturrückgang in der Kohlen- und Eisenindustrie ins Untrügliche gestiegen ist. Den Auswirkungen des deutsch-polnischen Handelsvertrages werde mit allergrößter Sorgfalt entgegengetreten. Schicksal der Provinz werde auch am 1. September fest, das für Obersteinstadt völlig unzureichende Maßnahmen vorliehe. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in einer einstimmigen angenommenen Entschlußfassung, in der von der Reichs- und der preussischen Staatsregierung die Ansetzung Obersteinstadts als wirtschaftliches Notstandsgebiet gebilligt wird.

## Die Optantenverhandlungen in Kowno.

Kowno, 9. Mai. Die Frage der Staatsangehörigkeit der Optanten im Kowno-Gebiet ist von der gemischten Kommission in Kowno gefaßt worden. Bei 52 Stimmen, die erledigt wurden, wurde der einen Hälfte der Optanten die tschechische, der anderen Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit zuerkannt. In den weiteren schwebenden 600 bis 700 Fällen wird die gleiche Kommission am 22. Mai in Berlin entscheiden.

## Abbruch der englisch-säppischen Verhandlungen.

London, 8. Mai. Die ägyptischen Delegierten beabsichtigen, nach dem ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen nach Kairo zurückzukehren. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, die Verhandlungen später wieder aufzunehmen.

## Anfall im Columbus-Gefängnis?

Columbus (Ohio), 9. Mai. Die Vorkehrungsmaßnahmen, die seit der letzten Revolte im Staatsgefängnis getroffen wurden, haben sehr Opfer gefordert. Zwei auf dem Gefängnishof hinfällende Sträflinge wurden durch das zufällige Ausgehen eines in der Nähe auf dem Dach der Gefängniszelle postierten Wächtergewehrs getötet.

## Kleine politische Meldungen.

Seitensanbahnung über den Fall „Kalle“. Die Seitenanbahnung in der Angelegenheit „Kalle“ beginnt am 21. Juni im Schwurgerichtssaal des Hamburger Strafgerichtsgebäudes. Schwerer Mordmord von Italien ratifiziert. Italien hat durch ein Dekret vom 5. Mai das Haager Abkommen mit dem Völkerbund ratifiziert.

„Sammer“ und „Schmieg-Holländer“ in Aktien. Die Aktien der „Sammer“ und „Schmieg-Holländer“ sind in der Wochenbörse eingelaufen. Zum Empfang hatte sich eine Reihe von Regierungsvertretern eingefunden.

## Aus der Umgegend.

Neuba, 10. Mai.

— Haus- und Straßenausfall. Es sei hiermit nochmals daran erinnert, daß an diesem Sonntag in unserer Gemeinde eine Haus- und Straßenausfallung zum besten der ev. Frauenhilfe der Provinz Sachsen stattfinden. Der Ertrag der Sammlung dient ausschließlich der Errichtung eines Mütterheims in unserer Provinz, in welchem den oft so schwer belasteten Frauen und Müttern unseres Volkes eine Ausspannung und Erholung zu ganz geringem Kostenspreise geboten werden soll.

— Das Gau-Sängerfest in Neuba am 24. und 25. Mai verpflichtet einen weit größeren Zuhörer- und Sängerkreis zu finden, als anfangs erwartet worden ist. Haben doch bis jetzt bereits

15 Vereine ihre Teilnahme zugesagt. Die Vorbereitungen für das Fest in Neuba sind in vollem Gange; das Festkomitee ist bemüht, Quartiere zu vermitteln und findet dabei in Kreisen der Bürgerchaft weiteres Entgegenkommen. Der als Festplatz bestimmte Unterpark wird für die Tage des Festes abgepflügt werden, für ausreichende Sitzgelegenheiten wollen die Gastwirte Sorge tragen. Ebenfalls wird das Fest frohes Leben in das sonst ruhige Städtchen Neuba bringen, denn gerade die immer frohgeleiteten Sänger verdienen feste zu begreifen.

— Ein musikalischer Sonntag wird der morgige sein; sein Wunderangehöriger der Sinfonie des letzten Festjahres ist unsern Teil. Unter Leitung des Kapellmeisters wird zwei Konzerte veranstaltet: nach dem Mittelmusikischen Garten in Abenberg und abends im blühenden Schönheitsgarten. Das Programm wird vorwiegend die so gern gehörte und Sung wie Alt begeisterte Mittelmusik aufweisen, jedoch auch so manche Festjahresstücke wie die Götter gebracht werden. Im Schlußkonzert am Sonntag wird die Fortsetzung des Konzerts sein.

— Stadtschiffspiele. Am Sonntag werden zwei Großfilme zur Abrollung kommen. Das erste wird der bekannte Film: „Senation im Diamanten-Club“. Das ein solcher Club sich nicht aus Altersgenossen zusammensetzt, ist wohl gewiß, und daß in ihnen Zusammenhängen nicht über gleichgültige Dinge gesprochen wird, darf angenommen werden. „Acht gegen Einen“ betrifft sich der zweite Film, der wohl eine Überlassung in Wild-33-film veranlassen wird.

— In Kleinangeln soll am Sonntag großer Empfang des Festjahres stattfinden, in dem die Einwohnerschaft des Ortes und der umliegenden Ortschaften geladen werden. Im Freien, unter großer Zelt, wird man sich besorgen haben bei Gelage und Tanz, was wie es zu Pfingsten üblich ist.

— Ein 88-jähriger als Subilar! Der bei der Wälderbauverwaltung in Wendelsheim tätige Herr Schläpfer erlitt Grippe am 15. April d. S. 70 Jahre im Dienst der Wälderbauverwaltung. Er zählt jetzt 86 Jahre, versteht aber dennoch auf gewissenhafte Weise seinen Posten. Ein zweiter Einblendung! Wir bringen diesem tollsten Manne nachträglich unsern herzlichsten Glückwunsch dar. Möge er sich noch lange gut Gesundheit erfreuen!

— Lehramtsmangel in der Provinz Sachsen? — Nach der letzten amtlichen Statistik vom November 1929 hielten in unserer Provinz noch rund 500 Engel Lehrer (—innen) zur Verfügung. Es sind jährlich etwa 275 Schüler neu zu belegen. Also kann der Bedarf an Lehrern nur noch bis Mitte 1931 durch einheimische Lehramtskandidaten gedeckt werden. Dann wird man nachdrücklich auf katholische Kräfte zurückgreifen müssen, die noch in größerer Zahl vorhanden sind. Das zweifelhafte Mittel, aus dem Lehramtsmangel zu lindern, wäre die sofortige Verdoppelung der Bewerberzahl in den Pädagogischen Akademien zu Erfurt und Halle a. S. Diese dürfen zur Zeit nur je 75 Studierende aufnehmen. Würde diese Zahl auf 150 erhöht werden, so wäre der jährliche Bedarf von 275 neuen Kräften gedeckt und unsere Provinz vor dem in nächster Zukunft drohenden Mangel an evangelischen Lehrkräften bewahrt.

— Die Kupffner-Kleinbahn bietet wieder günstige Harzverbindung. Im Sommerabspalten die Kupffner-Kleinbahn Sonntag und Festtags einen neuen Frühzug um 6 Uhr ab Abenberg in Richtung Werra-Neuba vor und außerdem abends einen Gegenzug gegen 9 Uhr ab Werra-Neuba nach Abenberg, jedoch für ganztägige Darstellungen ausgezeichnete Verbindung an die Vorhänge und Stolberger Züge geschaffen ist.

— Wohnungsverhältnisse für Fremde in Kurorten und Sommerfrischen erleben oft Schwierigkeiten, weil die genaue Wohnungsverhältnisse in der Vorzeit nicht und die Wohnungsverhältnisse nicht rechtzeitig Anmeldung seine Auskunft geben kann. Es liegt daher im Augen der Fremden selbst, daß sie sofort nach der Ankunft die Wohnung der Bekanntheit des Kurorts mitteilen. Zur weiteren Erklärung und Befriedigung des Wirtstellers empfiehlt es sich, eine gleiche Mitteilung allen Personen, mit denen man Wechsel unterhalten wird, und außerdem der Bekanntheit am Heimatort zu geben zu lassen, damit bei dieser die Wohnung auf den nachfolgenden Posttagen bemerkt werden kann. Zu Nachfragen über den Ort sind möglichst die amtlichen Vorstände zu senden, die an den Stadtkassen und von den Zustellern zur Abgabe bereitgehalten werden.

— Zeichnung der Gepäckstücke. Die mangelhafte Kennzeichnung der Gepäckstücke führt häufig zu deren Verfehlung und zu Verzögerungen in der Auslieferung. Die Gepäckstücknummern der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nehmen nur solche Gepäckstücke zur Verzögerung an, die mit der genauen und dauerhaft festgestellten Anstichlinie des Reisenden (Name, fähiger Wohnort, Wohnung, dem Namen der Verbands- und Bestimmungsorte sowie dem Tage der Auslieferung versehen sind. Nicht heranzuführen gezeichnetes Gepäck wird in Zukunft zurückgewiesen werden. Wenn der Reisende nicht nachdrücklich einen ihm häufig zu überlassenden Anstich oder Anstichstempel anbringt.

— Freimilige Sanitätskolonne vom roten Kreuz. Aus dem Jahresbericht, den der Vorsteher der Generalkommission am Sonntag bekannt gab, sei mitgeteilt, daß die Kolonne im Berichtsjahr, das ist vom 1. 4. 29 bis 31. 3. 30, 28 Transporte von Kranken und 7 von Verunglückten ausführte und in 199 Fällen erste Hilfe bei Unfallschäden und zweimal bei Feuerschicksalen. Sie verfuhr über 8 Fahrgäste und 17 Antragsarbeiten. Sie zählt 4, 39 ordentliche und 6 außerordentliche Mitglieder, von denen 28 in der Stadt und 21 in den unmittelbaren Ortschaften Altenroda, Kleinangeln, Hensdorf, Wendenroda, Garsdorf, Ziegenroda, Galsdorf, Eitzdorf und Welschenbrunn wohnen. Alle sind als Krankenträger, einer als Desinfektor ausgebildet. Von einem der Krankenträger wurde ein Wundarzt und ein Wundbesorger ausgebildet. Die Kolonne bildet eine schätzbar, geeignete Tätigkeit. Das Stiftungsfest wird in diesem Jahre, verbunden mit der Tagung des Kreisverbandes, am 31. August begangen werden.

— Werra. Vor dem Schiffahrtamt Sangerhausen erhielt der normale Schiffahrtsführer und Inhaber der in Sangerhausen getarnten Werra-Neuba-Schiffahrtsgesellschaft in Werra, Paul Marlich, wegen Fortführungsverweigerung (unrichtiger Führung von Schiffsführern) eine Geldstrafe von 200 — RM.

— Taunburg. Abbau in Taunburger Werra-Neuba-Betriebswerk. Am Rahmen der Sparmaßnahmen der Reichsbahn ist beim Bahnbetriebswerk Taunburg ein Neubau in der Wege geleitet worden. Ein Teil der Lokomotiven wird verlegt, auch ein Teil der vorjährigen 3-betriebe wurde nicht wieder eingesetzt.

— Bad Kösen. Einweilung des neuen Bürgermeisters. Der bisherige Beigeordnete Kaufmann Schmitt,







Ihre in Rudolstadt vollzogene Vermählung geben bekannt:  
**Erich Mahrenholz und Frau Flora**  
 geb. Dietrich  
 Rudolstadt i. Th. Berlin N. W. 21  
 Methfesselstr. 9. Alt-Moabit 82a, 1. r.

**Aufforderung.**

Dieserjenige, welche zur **Willy Bachrodt'schen Kontursmasse** in Nebra noch etwas schuldig sind, werden ersucht, ihren Verpflichtungen unterzählig nachzukommen, da andernfalls die Einstellung im Prozeßwege erfolgen wird.  
 Zahlungen können zur Zeit noch auf Konto Nr. 295 bei der Stadtparkasse Nebra geleistet werden.  
 Querfurt, den 8. Mai 1930  
 Der Konkursverwalter. R. Nagel.

**Schützenhaus Nebra**  
 Sonntag, den 11. Mai, abends von 7 Uhr an  
**Großes Frühlings-Konzert**

(Militärmusik)  
 ausgeführt vom **Stadtorchester Nebra** im Garten des Schützenhauses, bei ungünstiger Witterung im Saal.  
 Nach dem Konzert: **Tanzkränzchen.**  
 Zu zahlreichem Besuch laden freundlichst ein  
**C. STEIN R. JANDA**

**Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof**

Sonntag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr  
**Sensation im Diamanten-Club'**  
 Ferner  
**'Nacht gegen Einen'**  
 Es laden freundlichst ein **Vorgwardt.**

**Ein strammer Russe**

angefest und flott, zu verkaufen  
**Bleichplan 4.**

**Sommer-sprossen**

auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter **Garantie** durch das echte unschädliche **Zentralerlebensmittel 'Branco'** (Stärke B) befreit. Keine Schülter. Preis RM 2,75. Gegen **Widel, Wisser (St. A.)**  
 In Nebra: **Apotheker H. Ulrich**  
 In Neuba: **Wider-Drögere W. Gutsmuths**

**Wer verkauft**

Wohn- oder Geschäftshäuser, Villen, Grundstücke, Gärten, Holz, Obst und Vieh, Betriebe, Bau- und Kiesgruben. Sofortige Angebote an **F. Wilt, Barckhoff, Hamburg, Gleditschergewoll 16.**

**25 Jahre KOSMOS 25 Jahre Fortschritt**  
 Sind Sie schon Mitglied?  
 Sie erhalten jährlich:  
**12 Monatshefte**  
**4 Bücher**  
 Preisvergünstigungen  
 Auskunft  
 Vierteljahrbeitrag  
 nur RM 2.—  
**KOSMOS, Gesellschaft der Naturfreunde STUTTGART**  
 Annahmestellen nimmt jede Buchhandlung an.

**Vitzenburg**

Sonntag, den 11. Mai  
 nachmittags 3 Uhr im **„Schweizerhaus“**  
 zur Eröffnung der Sommersaison:

**Großes Gartenkonzert**  
 (Militär-Musik)  
 ausgeführt vom **Städt. Orchester Nebra.**  
 Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.  
 Es laden freundlichst ein  
**C. Stein Wirthmann**

**Kleinwangen**

Sonntag, den 11. Mai, von nachmittags 3 Uhr an

**Frühlings-Vergnügen**  
**Zelt** in neu renovierten Gaststätten. **Zelt**  
 Hierzu laden freundlichst ein **Paul Neumann.**

**Rund im Jahr verbringen Sie in Wolko-Schuhen!**  
 Es lohnt sich daher, dass Sie Ihre Schuhe sorgfältig auswählen. Es lohnt sich, dass Sie ausdrücklich **Wolko-Schuhe** verlangen. Vom Augenblick des Anprobierens an werden Sie sagen: „den und keinen anderen.“ So bequem sitzen **WOLKO-Schuhe** und sind dabei so strapazierfähig, so kleidsam und so billig.  
 8.75  
 10.75  
 12.75  
 14.75  
**ALLEINVERKAUF:**  
**Herm. Sachse** Schuhmachermeister  
**Ein Wolko-Schuh ist immer gut!**

**Wolko-Schuhe**

verlangen. Vom Augenblick des Anprobierens an werden Sie sagen: „den und keinen anderen.“ So bequem sitzen **WOLKO-Schuhe** und sind dabei so strapazierfähig, so kleidsam und so billig.



**ALLEINVERKAUF:**  
**Herm. Sachse** Schuhmachermeister  
**Ein Wolko-Schuh ist immer gut!**

**Kultur des Hauses**

zu pflegen, ist jeder gebildete Mensch befreit. Freunde der **Kunst** werden sich mit **Vorträgen** der guten **Musik** widmen. **Andere** bereiten **früher** **Ordnungen** **Stunden** **reisen** **Gesellschaft**. **Wieder** **andere** **wollen** **die** **Heimat** **oder** **auch** **ferne** **Länder** **durch** **gute** **Netze** **Freunde** **kennenlernen** **oder** **suchen** **psychologische** **Probleme** **in** **guten** **Romanen**. — **Jeder** **pflegt** **auf** **seiner** **Wiese** **Kultur**, **und** **allen** **geben** **Weyermanns** **Monatshefte** **die** **richtige** **und** **vielfältige** **Anregung** **für** **nur** **RM 2.—** **monatlich**. **Bei** **Einfendung** **von** **30 Pf.** **für** **Porto** **sendet** **Damen** **der** **Verlag** **von** **Weyermanns** **Monatsheften**, **Braunschweig**, **ein** **Probeheft** **mit** **50 bis** **60** **bunten** **und** **einfarbig** **Bildern**, **etwa** **6** **Kunstablättern** **u. einer** **Probekarte** **von** **Weyermanns** **Monatshefte-Atlas** **kostenlos**

**Stellen-Anzeigen**  
 für den  
**„Personal-Anzeiger des Daheim“**  
 werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenbeitrag vermittelt.  
 Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Verlaich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Interaktion niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 100 Pf. für die Zeile (= 7 Zeilen) bei Stellenangeboten und nur 75 Pf. bei Stellengesuchen und für sonst. kleine Anzeigen 120 Pf. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.  
**Buchdruckerei Wilt, Sauer, Korbleben.**

**2 gute Arbeitspferde**  
 sind wegen Erkrankung des Besitzers zu verkaufen.  
**Heinrich Brauer, Böttendorf**

**Spielkarten**  
 hält vorrätig  
**Walter Scharf, Nebra**

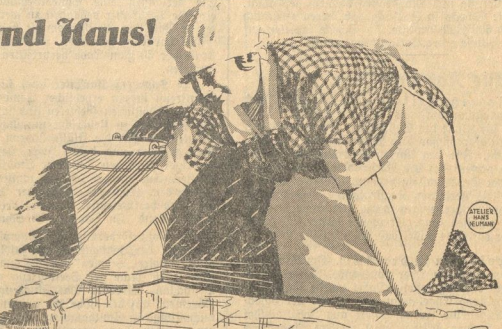
**Der oberschlesische Wanderer**  
 Verlag: Gleitsch, Obergände 1828  
 Bei weitem verbreitetste Tageszeitung Oberschlesiens. Erfolgreichstes Anzeigenblatt.

**Herren-Anzüge**  
 in den neuesten Farben zu sehr niedrigen Preisen liefert  
**Otto Herrmann :: Nebra**

**Hunderttausende lesen die WOCHEN**  
 Deutschlands populärste Zeitschrift  
 Das **Wochenblatt** im **offenen** **Mittelalt.** **Ein** **Stück** **mit** **24** **Seiten** **roman-** **novellen**, **das** **nach** **Wöchentlich** **Journal**. **Wöchentlich** **Beziehungen** **über** **Staat** **und** **Wirtschaft** **und** **Wissenschaft**. **Der** **Wochenspiegel** **berichtet** **über** **Photographie** **und** **Wissenschaft** **der** **Wider** **durch** **Zeitung** **und** **Wissenschaft** **Wider**, **Wissenschaft**. **Es** **sind** **keine** **sonstige** **bevorzugte** **Zeitschriften**, **die** **für** **so** **viel** **Wissenschaft** **und** **Wissenschaft** **und** **Wissenschaft** **liefern**. **Lesen** **Sie** **des** **Wochens** **so** **vielen** **die** **„Wochens“**.  
**Tun Sie es auch!**  
 Die **erste** **Anfrage** **ist** **immer** **gratis** **bei** **Ihrem** **Zeitung** **und** **Wissenschaft** **Verlag**

**Mehr Glanz in Küche und Haus!**

Wo im Hause ist, herrscht funkelnde, blitzende Pracht — der wohlige Zauber gepflegter Sauberkeit! Alle Geschirre und Geräte in Küche und Haus — ob aus Porzellan, Glas, Kristall, Steingut, Holz, Marmor, Stein — spielend rasch macht sie hochglänzend und appetitlich rein. Wie neu sehen alle Sachen wieder aus!  
 duldet keine Verunreinigungen! Zähester Schmutz, härteste Verkrustungen — Fett, Öl, Sauce, Schmirne — sie müssen weichen. Es hat erstaunliche Energien! Wagen Sie einmal einen Versuch. wird durch wunderbare Leistungen rasch Ihr Herz gewinnen. Millionen von Hausfrauen erfreut schon



**imi**  
**Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel**  
 für Haus- und Küchengerät aller Art  
 Hergestellt in den Persilwerken

10 Liter  
 1 Liter  
 1 Liter  
 1 Liter  
 1 Liter





# Nebräer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit dem illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köthen.  
Druck- und Verlagsred.: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: bis 48 mm breite Millimeterzeile 0,8 Pf., bis 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Köthen.

Nr 56

Sonnabend, den 10. Mai 1930

43. Jahrgang

## Zünfjahresplan für die Dffihilfe.

Einkung im Reichsabinett erfolgt.

Unter dem Vorsitz des Reichsanzlers Dr. Brüning und in Anwesenheit des Reichsanzlers Dr. Lüthke legte das Reichsabinett die Erörterung über das Dffihilfeprogramm fort. Die Beratungen führten zu einer grundsätzlichen Einkung, auf Grund deren die endgültigen Gehaltsentwürfe von den Reichsämtern unter Führung des Reichsfinanzministeriums des Innern in den nächsten Tagen vorgelegt werden sollen. Das Kabinett wird sodann am nächsten Mittwoch über die endgültige Gestaltung des Gesamtprogramms Beschluß fassen. Grundtätigkeit der Einkung besteht umgekehrt in folgendem: Dem Reichstag wird so bald wie möglich ein Rahmenprogramm eingeleitet werden, das in sechs Gelehen unterteilt ist, die die einzelnen Fragen der Dffihilfe besonders regeln.

Das Gesamtprogramm der Dffihilfe erstreckt sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Ausführung richtet sich nach den jeweiligen Jahresverhältnissen. Es ist deshalb nötig, daß in jedem Jahr ein besonderer Voranschlag gemacht wird und ähnlich wie beim Bau eines Panzerschiffes immer eine Rate in den Etat eingeklebt wird. Die erste Stadium der Durchführung bildet das Sofortprogramm.

über das dem Reichstag gleichzeitig mit dem Rahmengesetz ein Entwurf gegeben wird. Damit besteht es aus dem bereits angelegentlichen Institut zwischen Dffihilfe und parlamentarischer Veranschlagung des Etats.

Dazu kommen noch Erwägungen in der Richtung, die Erhaltung dieser Dinge auch mit der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung zu verbinden. Daraus ergibt sich, daß in der Arbeitslosenversicherung der Arbeit besteht, so bald wie möglich in Angriff zu nehmen. Diese Verkopplung würde also bedeuten, daß das Kabinett sich für beide Probleme eine Mehrheit sichert. Dazu kommt, daß die Frage der finanziellen Mittel für die Dffihilfe natürlich klar davon beeinflusst wird, wie weit sich Einkünfte an anderen Gebieten, also auch durch die nicht-prophete Arbeitslosenreform, herbeiführen lassen.

Schließlich ist noch bemerkenswert, daß das Reichsministerium des Innern nunmehr endgültig als federführend für die Dffihilfe bestimmt worden ist.

## Preußens wichtiger Anteil.

Die Beratungen des Reichsabinetts über die Dffihilfe haben insofern einen gewissen Abschluß erreicht, als man sich darüber geeinigt hat, ein fünfjähriges Programm zur Durchführung zu bringen, das einschließlich der vom Reich zu übernehmenden Verpflichtungen für die Umwandlung eines Aufwand von 600 bis 700 Millionen Mark erforderlich ist. Gegenwärtig stehen für die Weiterberatung, die wiederum in Gegenwart des Reichsamtpräsidenten Dr. Erdner stattfinden soll, genügend Einzelheiten, die der Klärung bedürfen.

Schon jetzt wird man mit der Schaffung eines Reichskommissariats rechnen müssen, das die Umwandlung zu organisieren hat, und man kann darauf gespannt sein, wie man dieses Reichskommissariat redigieren will, da doch bereits ein preußisches Kommissariat für Dffihilfe besteht. Reichlich müßig erhebt der Streit darüber, welches Ministerium in der Sache der Dffihilfe federführend sein soll. Es entspricht durchaus einem Gewohnheitsrecht, das sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat, wenn die Federführung in diesem Falle von dem Reichsfinanzministerium auf das Reichsinnenministerium übergeht.

Das Reichsinnenministerium ist das gegebene Resort für innerwirtschaftliche Maßnahmen, und es ändert sich nichts an der Tatsache, daß die Regelung der Einkünfte und die preußische Durchführung bei den Ministerien verbleibt, die dafür zuständig sind.

Das Reichsverkehrsministerium wird, sowie das Rahmengesetz angenommen ist, über die verkehrsrechtlichen Maßnahmen im Rahmen der bewilligten Mittel entscheiden. Das Reichsfinanzministerium über die Verteilung und sonstige Steuermaßnahmen, und das Reichsverkehrsministerium — dies ist das Wichtigste — wird in der Frage der Umwandlung und der Etablierung die entscheidende Rolle spielen, gleichgültig, welches Ministerium federführend ist.

Das Reichslandwirtschaftsministerium wird in der Durchführung seiner Direktiven stark auf die preußische Mitarbeit angewiesen sein, und es haben in diesem Sinne auch bereits Besprechungen stattgefunden. Das Reich vertritt nicht über die unteren Organe in den Provinzen, denen so mühsame und umfangreiche Arbeiten übertragen werden könnten, so daß die preußischen Regierungspräsidenten und Candidats notwendig herangezogen werden müssen.

## Am das Weisterrschiff.

Eine Erklärung des Weisterrschiffes.

Das Haushaltsauschuss des Reichstags begann die Beratung des Marinehaushalts. Nach den Ausführungen des Berichterstatters als Reichswehrminister Brenner zur

Frage des Panzerschiffes B im Einvernehmen mit dem Reichsamtpräsidenten folgende Erklärung ab:

Die Mitglieder des Reichstags wissen, daß ich kein feilheitsloser Klotzschwammer bin. Sie wissen aber auch, daß ich den Erfolg meines gänzlich verarbeiteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich auch bei der Beratung meines Haushalts im vorigen Reichstag vertreten und auf Einkung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Anbetracht der besonders angespannten Haushaltslage, also nur aus finanziellen Gründen, erst verschoben, nachdem vom Reichsabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der 27 sozialdemokratischen Mitglieder, in einer besonderen Entschlieung festgelegt wurde, daß mit dem Haushalt 1931 ein Schiffbauersplan, der auch den Erfolg der Einkünfte enthalten sollte, vorgelegt würde.

Bei dieser Einkung war es eigentlich selbstverständlich, daß ich dem Antrag Dffihilfe im Reichstag, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorschle, ohne dabei die Summe des Marinehaushalts zu erhöhen, sympathisch gegenüberstand.

Nur um den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich also, und die Einkung hierüber bittet die Reichsregierung den Reichstag selbst zu treffen. Ich nehme an, daß der Reichstag einer so zusammengesetzten Einkungslage auf Voreweg eines langfristigen Planes für Erhaltung zumutet. Die Reichsregierung wird ihrerseits den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrecht erhalten.

## Panzerschiff B abgelehnt.

Im Haushaltsauschuss des Reichstags wurde die erste Debatte für das Panzerschiff B mit 19 gegen 13 Stimmen bei drei Stimmentzählungen abgelehnt. Gegen die Bau-rate stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und zwei Zentrumsgesandnete. Der Stimme enthielten sich die Bayerische Volkspartei und ein Zentrumsgesandneter. Für Rate stimmten die übrigen Fraktionen und ein Zentrumsgesandneter.

## Die Rassenlage.

Reichs-Einnahmen und Ausgaben im März.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Monatsausweis über die Reichs-Einnahmen und Ausgaben im Monat März 1930. (Rechnungsjahr 1929, die Beträge verfahren sich in Millionen Mark.) Danach sind im Ordentlichen Haushalt seit Beginn des Rechnungsjahres bis einschließlich Februar 1930

## an Einnahmen

zu verzeichnen 8088,4, im März 536,5. Davon entfallen auf Steuern, Zölle und Abgaben seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 8327,1 im März 499,2.

## Die Ausgaben

betragen seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 8331,6, im März 888,4.

Im Außerordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 354,0, im März 94,3; die Ausgaben seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 367,9, im März 65,8. So nach ergibt sich im März eine Mehreinnahme von 100,2 und seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar eine Mehrausgabe von 13,9, zusammen also eine Mehrausgabe von 146,3. Da die Mehrausgabe im Ordentlichen Haushalt seit Beginn des Rechnungsjahres bis einsch. Februar 295,3 und im März 446,4, zusammen also 741,7 beträgt und die Fehlbeträge in beiden Haushaltsarten aus dem Vorjahr 1058,9 ergeben, beläuft sich der gefamte Fehlbetrag auf 1654,3.

Der Rassenbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen betrug am 31. März 34 Millionen Mark, der Stand der fahrenden Schuld 1938,4.

Aus dem vorliegenden Monatsausweis können für das Abschlußergebnis des Rechnungsjahres 1929 noch keine Schlüsse gezogen werden, weil in den Monaten April und Mai 1930 noch Einnahmen und Ausgaben für 1929 zu verzeichnen sind und noch nicht zu übersehen ist, in welcher Höhe Reichs-Einnahmen und Reichsausgaben auf das Rechnungsjahr 1930 zu übertragen sind.

## Regierungspolitik in Preußen.

Braun vor dem Landtag.

Der Ministerpräsident Dr. Braun leitete die zweite Beratung seines Haushalts im Preußischen Landtag mit längeren patriotischen Ausführungen ein. Er äußerte sich zunächst zu den Angriffen wegen seiner Rede auf einer Kundgebung zur Erinnerung an die Niederlegung des Rapp-Bußgeldes am Volkstrauertag. Bei diesem Trauertag handele es sich mehr um eine Vereinsangelegenheit als um eine allgemeine Volksfrage. Der Ministerpräsident erklärte noch, daß der Mißbrauch evangelischer Kirchen

zu Veranstaltungen im Sinne des Revandgedankens und gegen die heutige Regierung nicht gerade dazu beitragen könne, die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche zu fördern. (Abkl und

Hört! Hört! rechts). Der Ministerpräsident redigiererte dann die Zahlung der Staatsregierung im Falle

der drei Disziplinierten hannoverschen Candidats, die angeklagt ihres offenen Affront gegen die Regierung nicht länger in ihrem Amt hätten belassen werden können.

Zur Frage der Reichsreform erklärte der Ministerpräsident entgegen dem im Zusammenhang mit dem preußischen Antrag auf Befestigung des Paragraphen 33 des Finanzvergleichsvertrages gegen Preußen erhobenen Vorwürfen, daß der Staatsregierung nichts ferner liege, als einen irgendwie gearteten Anlauf auf die kleinen Länder auszuüben. Der Ministerpräsident wies dann die in absehbare Zukunft hervorgetretene Ansicht zurück, als ob durch die Aufwendungen für die Dffihilfe dem Staate Preußen ein besonderer Dienst erwiesen würde. Brandenburg großes mut e an, wenn jetzt auch Bayern an der Dffihilfe beteiligt sein wolle. Demgegenüber müsse man die Frage aufmerken:

Wo sind in Bayern die neuen Grenzbeziehungen? Wo ist dort die gewalttätige Zerschlagung des Staatsgebietes durch einen außerparlamentarischen Herrschaft?

Ueber der notwendigen Dffihilfe dürfte die Unterfütterung des Rheinlandes, das außerordentlich unter der Belastung gelitten habe und noch leidet, nicht vergessen werden.

Eine offene Wunde bleibe nach dem Abzug der Belastung aus dem Rheinland noch die Saarfrage. Die Übernahme neuer Opfer für eine frühere Räumung der Saar könne man aber nicht verantworten. In solchen Fällen wäre es auch im Interesse der Saarbevölkerung besser, die im Verfall der Vertrag gestellte Frist für eine bedingungslose Rückgabe abzuwarten.

Der Ministerpräsident nahm dann scharf gegen die Behauptung rechtgerichteter Kreise Stellung, daß sich die Staatsregierung vornehmlich um parteipolitische und nicht um staatspolitischen Erwägungen leiten lasse.

## Zentrumsdorstoß gegen die Sozialdemokraten.

Bei der sich an die Rede des Ministerpräsidenten im Landtag anschließenden politischen Aussprache unterwarf der Abgeordnete Grebe (Ztr.) einen bemerkenswerten Dorstoß gegen die Politik der Sozialdemokraten im Reichstag.

Er betonte, daß, wenn die Sozialdemokratie, nachdem sie den Jungplan angenommen habe, sich den innerpolitischen Konsequenzen entziehen wolle, er, so staatspolitischen Standpunkt aus kein Verständnis dafür aufbringen könne. Der Kampf der sozialdemokratischen Partei gegen die Regierung, während hohe Formen angenommen die Zusammenarbeiten der Koalitionsparlamenten in Preußen nicht förderlich sein könne. Es sei nicht möglich, daß die Sozialdemokratie eine Politik mache ohne jedwede Rücksichtnahme auf die Regierungsvorhältnisse in Preußen.

Ministerpräsident Braun erklärte, zu der Vermutung, daß die sozialdemokratische Partei sich den innerpolitischen Konsequenzen der Annahme des Jungplans entziehen wolle, liege kein begründeter Anlaß vor. Die preußische Koalition sei schon Jahre hindurch bei mehrfach wechselnden Koalitions-koalitionen in verlässlicher, fruchtbarer Zusammenarbeit mit Preußen gewesen, so daß sie auch durch die derzeitige Lage im Reichstag keineswegs gefährdet

Der Heereshaushalt wurde im wesentlichen in der Zahlung der Doffrage angenommen. Die Streikungsanträge der Sozialdemokraten fanden keine Zustimmung. Von den Vertretern der demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei wurden allerdings für die zweite